


<b>Fraktionsanfrage</b>  <b>Fraktion AfD</b>	<b>REGIONALVERBAND</b> <b>RUHR</b> 
<b>14 / 1492</b>	

	12.03.2024
Fraktionsanfrage	öffentlich

Beratungsfolge	Beratungsstatus	Sitzung am	TOP
Verbandsversammlung	zur Kenntnis	15.03.2024	11.1.1

**Betreff: Fragen zur Strategie Grüne Infrastruktur Metropole Ruhr**

**Anfrage**

Die AfD-Fraktion bittet um Beantwortung folgender Fragen zur Strategie Grüne Infrastruktur:

A) Raumbild Innenstadt/Vision/Handlungsziel 7: Zirkuläres Bauen/**Recycling von Baustoffen.**

Die auf S. 42 genannte Ersatzbaustoffverordnung und weitere Regelungen werden unkritisch als unterstützende Maßnahme dargestellt. Laut der Welt vom 13.11.2023 „Komplett an der Baupraxis vorbei“ sind die realen Auswirkungen jedoch alles andere als positiv im Sinne der Kreislaufwirtschaft. So wird z.B. von so stark gestiegenen bürokratischen Anforderungen bei Ersatzbaustoffen berichtet, was zur Folge haben kann, dass wieder mehr deponiert statt recycelt wird.

1. Wie schätzt der RVR bzw. die zuständige Tochtergesellschaft AGR die konkreten Auswirkungen der neuen gesetzlichen Regelungen im Bereich Recycling/Ersatzbaustoffe in Bezug auf die Förderung der Kreislaufwirtschaft ein?

2. Wie geht der RVR bzw. die zuständige Tochtergesellschaft AGR mit der Problematik der abfallbezogenen besonderen Anzeige- und Genehmigungspflichten bei Transport und Lagerung um, da Ersatzbaustoffe bis zum Einbau als Abfall eingestuft werden?

3. Strengere Grenzwerte sorgen dafür, dass Erdaushub und Bauschutt, der bisher auf Baustellen direkt z.B. für Erdwälle oder zur Auffüllung genutzt werden konnte, nun mit relativ weiten Transportwegen zum Recycling oder zur Deponierung gefahren werden muss. Wir bitten die Verwaltung um Stellungnahme und Erläuterung hierzu, insbesondere wie diese Entwicklung mit dem Ziel der Kreislaufwirtschaft zu vereinbaren ist.

4. In vielen öffentlichen Ausschreibungen werden, dem Vernehmen nach auch z.B. bei der Autobahn GmbH des Bundes, mineralische Ersatzbaustoffe bei Ausschreibungen explizit ausgeschlossen. Wie wird dies beim Radwegebau des RVR gehandhabt? Inwiefern schließen die Mitgliedskommunen des RVR den Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe bei Ausschreibungen aus (einzelne Beispiele genügen)? Wie könnte man dies ggf. ändern?

B) Raumbild Zwischenstadt/Vision/**Landwirtschaft aus mehrheitlich ökologischen Anbau S.15:**

Ökologischer Anbau hat laut oekolandbau.de erheblich niedrigere, z.T. um rund 50% niedrigere, Erträge als konventioneller Anbau. Dafür sind die Erträge deutlich stabiler bei ungünstigen Wetterbedingungen, aber selbst dann sind i.d.R. niedrigere Erträge zu erwarten.

Wie kann die Zielsetzung der Ausweitung des ökologischen Anbaus mit dem auch beim RVR immer dringender diskutierten Ziel der Lebensmittelversorgungssicherheit in Einklang gebracht werden?

C) Raumbild Landschaft/**Vision S.19.**

1) Agri-Photovoltaikanlagen werden mit „Die Pflanzen freuen sich über den Schatten und der vorhandene Platz wird effizient genutzt“ beschrieben. Wie geht die Verwaltung damit um, dass diese sehr poetische Beschreibung bei Vielen, die die Agri-Photovoltaik kritisch sehen, als mangelnde Ernsthaftigkeit bis willentliche Verhöhnung ankommt?

2) Laut Vision soll der verstärkte Ausbau von Windrädern zu fallenden Energiepreisen führen. Angesichts der realen Erfahrung, dass Windenergieanlagen stets ein konventionelles Backup-Kraftwerk bzw. teure Stromimporte für die Zeit benötigen, in der der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, d.h. Photovoltaik als Backup ausfällt, und zudem noch sehr hohe Aufwendungen für den Netzausbau anfallen, bitten wir um Erläuterung wie verstärkter Windkraftausbau zu sinkenden Energiepreisen führen soll. Bitte gehen Sie in diesem Zusammenhang auch auf die Themen negative Strompreise für Auslandsstromabnehmer bei viel Wind, Vergütung der Windkraftanlagenbetreiber bei Abschaltung der Anlagen und stark ansteigende Redispatchkosten ein.

D) Handlungsziel 1/Auf regionaler Ebene/**S. 31 Diskurs auf Landesebene, um qualifizierte Freiflächengestaltungspläne in die Bauordnung einzubringen.**  
Handlungsziel 2/Auf kommunaler Ebene/**S.33 Begrüpfungspflicht für Um- und Neubauten, baurechtlich verpflichtende Dach- und Fassadenbegrüpfung im Neubau.**

Wir erleben aktuell einen tiefen Einbruch jeglicher privater Bautätigkeit, der verheerende Auswirkungen auf die Bauwirtschaft hat. Als Gründe werden u.a. neben stark gestiegener Finanzierungskosten und Unrentabilität von Bauvorhaben auch die immer erdrückender werdenden bürokratische Vorschriften genannt. Wie passt das Vorhaben, noch weitere, ggf. sogar sehr kleinteilige Vorschriften in die Bauordnung bzw. kommunale Satzungen einzufügen, in diese Situation?

E) Handlungsziel 2/Auf regionaler und kommunaler Ebene/**S.33 Sukzessive Umsetzung von Gründächern und Fassadenbegrünungen bei 80% aller geeigneten kommunalen Gebäude.**

Laut dem aktuellen Kommunalfinanzbericht sind viele Ruhrgebietskommunen durch eine hohe Verschuldung, hohe soziale Lasten und eine unterdurchschnittliche Investitionsquote gekennzeichnet. Wie soll unter diesen Umständen ein ambitioniertes und mit sehr hohen Investitionen verbundenes Umbauprogramm umgesetzt werden?

Bearbeiter/in	Fraktionsgeschäftsführer/in	Fraktion/en
<b>Imamura, Alan</b>	<b>Wilmshöver, Ulrike</b>	<b>Fraktion AfD</b>
Bezugsnummer.		

gez. **Herr Wolfgang Seitz**